

## A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

# ÄNDERUNGSANTRAG A2-001

Antragsteller\*in: Sebastian Werkl

### Antragstext

#### Von Zeile 1 bis 10:

~~„Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand entlohnten Unselbständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“<sup>[1]</sup>~~  
~~Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind erschreckend. Unselbständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst~~  
~~also Unselbständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies~~

#### Von Zeile 48 bis 49 löschen:

~~<sup>[1]</sup><https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr>~~

### Begründung

Ich finde den ersten Absatz intellektuell unredlich. Der Absatz ist komplett aus einem Standard-Artikel kopiert, der wichtigste Teil des Absatzes wurde aber, aus scheinbar ideologischen Gründen, nicht übernommen. Wenn man in den Artikel schaut ist noch

im selben Absatz eine einleuchtende Begründung vorzufinden, warum Staatsbedienstete durchschnittlich mehr verdienen. Der Antrag funktioniert auch ohne den ersten Absatz, dieser bietet keinen Mehrwert und sollte herausgenommen werden.